

## **NEWSLETTER JULI 2010**

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freundinnen und Freunde,

nach einem sonnigen und warmen Juli wird uns allen ein heißer Herbst bevorstehen. So wird die Bundesregierung unter anderem ihr Energiekonzept vorlegen und dabei den unter Rot-Grün beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig machen. Schwarz-Gelb stellt sich damit gegen den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen eine Laufzeitverlängerung und zementiert die Energieerzeugung aus atomaren und fossilen Rohstoffen und die Marktmacht der großen Energiekonzerne.

Aber auch beim Gesetzentwurf zur Abscheidung, Transport und Verpressung von Kohlenstoffdioxid (CCS=Carbon Capture and Storage) geht die Bundesregierung nicht auf die Bedenken der Betroffenen ein und macht damit denselben Fehler, wie es bereits die Große Koalition mit dem letztlich gescheiterten Gesetzentwurf im letzten Jahr gemacht hat.

Die Aufhebung der Haushaltssperre beim Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien (MAP) und die drastischen Kürzungen beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm in diesem Monat sind ebenfalls Teil dieses Newsletters. Auch hier zeigt sich, dass der destruktive Umgang der Bundesregierung mit erfolgreichen Programmen, die durch Investitionen mehr Steuergelder einbringen, als sie kosten, völlig kontraproduktiv ist.

In Nordrhein-Westfalen sind die Zeichen für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik durch die rot-grüne Landesregierung gesetzt. Nun heißt es, Mehrheiten mit allen Parteien zu suchen, um so NRW fit für die Zukunft zu machen.

Ich wünsche Ihnen und euch eine schöne und erholsame Sommerzeit und verbleibe mit herzlichen Grüßen



Oliver Krischer

## Themen dieser Ausgabe

- 1) Referentenentwurf für CCS-Gesetz liegt vor
- 2) Debatte um Laufzeitverlängerungen und Brennelementesteuer
- 3) Einschnitte beim Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien
- 4) Einschnitte beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm
- 5) Einschnitte beim EEG im Vermittlungsausschuss beschlossen
- 6) Effizienzgesetz der Bundesregierung ist ein zahnloser Tiger
- 7) NRW-Koalitionsvertrag stellt sich der Verantwortung
- 8) Gute Nachrichten aus Südafrika – Entwicklung an Nachfolgemodell des Jülicher Hochtemperaturreaktors eingestellt
- 9) Beschluss der EU-Kommission entfacht Debatte um Zukunft des Steinkohlebergbaus

### 1. Referentenentwurf für CCS-Gesetz liegt vor

Vor wenigen Tagen haben Bundeswirtschaftsminister Brüderle und Bundesumweltminister Röttgen den Gesetzentwurf zur Abscheidung, Transport und Verpressung von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) vorgestellt. Die Große Koalition war in einem ersten Anlauf 2009 bereits gescheitert. Obwohl der Gesetzentwurf in einigen Punkten Verbesserungen zum Entwurf des vergangenen Jahres enthält, wird er der Risikotechnologie CCS (Carbon Capture and Storage) und zentralen Fragen der Nachsorge und Verantwortlichkeit nicht gerecht. **HIER** findet sich eine Übersicht über die Kerninhalte und die Bewertung zum CCS-Gesetz und **HIER** eine Auswahl des Presseechos.

Zudem hatte ich vor wenigen Tagen die Möglichkeit, die CCS-Pilotanlage Schwarze Pumpe in Brandenburg von Vattenfall zu besuchen und mich danach mit Kritikern der CCS-Technologie zu treffen und auszutauschen. Meine Eindrücke sind **HIER** nachzulesen.

### 2. Debatte um Laufzeitverlängerungen und Brennelementesteuer

Die Bundesregierung isoliert sich mit ihrem Atomkurs immer mehr und der Widerstand der Menschen wächst, während Bundeskanzlerin Merkel mit den Vorstandsvorsitzenden der Atomkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW über längere AKW-Laufzeiten verhandelt. Die Konzerne wollen mindestens 15 Jahre zusätzliche Laufzeit durchsetzen und die geplante Brennelementesteuer kippen. Für uns Grüne ist dies ein Handel um Konzernprofite auf Kosten unserer Sicherheit. **HIER** findet sich mein Video und weitere Infos zur geplanten Laufzeitverlängerung. Aktionsideen finden sich **HIER**.

Am 18. September wird es außerdem eine große Anti-Atom-Demo in Berlin geben. Nach den großen Erfolgen der Anti-Atom-Demos im Frühjahr ist es auch jetzt wieder wichtig, Schwarz-Gelb zu zeigen, wie groß der gesellschaftliche Widerstand gegen die geplante Laufzeitverlängerung ist. **HIER** gibt es alle weiteren Infos zum Ablauf der Demo.

### 3. Einschnitte beim Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien

Anfang Juli haben die schwarz-gelben HaushälterInnen und das Bundesfinanzministerium ihre Hinhaltetaktik und Blockadehaltung beim Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien (MAP) aufgegeben und die Haushaltssperre in Höhe von 115 Mio. Euro aufgehoben. Es hat sich gezeigt,

dass der energische Druck von Unternehmen, Verbänden und Bündnis 90/Die Grünen gewirkt hat. Doch trotz dieses Erfolgs ist von Entwarnung keine Rede. Schwarz-Gelb hat beschlossen, die Förderung von derzeit 450 Mio. Euro bis 2014 auf 340 Mio. Euro herunterzufahren. Einzelne Programmtitel wie etwas das ‚Impulsprogramm zur Förderung von Mini-KWK-Anlagen‘ werden sogar ganz eingestellt. Weitere Infos **HIER**.

#### **4. Einschnitte beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm**

Auch beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm erkennt die Bundesregierung die Bedeutung für die Sicherung von tausenden Arbeitsplätzen im Mittelstand und Handwerk sowie für den Klimaschutz nicht. Durch das Sparpaket wird es ab 2011 hier rigorose Einschnitte geben. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wird das Programm auf nur noch ein Fünftel, nämlich 450 Mio. Euro jährlich zusammengestrichen, und dies obwohl es eines der konjunkturell effektivsten Förderinstrumente des Bundes ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kürzung der Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm zurückzunehmen und die Mittel auf jährlich mindestens 2 Milliarden Euro aufzustocken. Denn der Bundeshaushalt verdient an diesem Programm mehr als es kostet. Weitere Infos **HIER**.

#### **5. Einschnitte beim EEG im Vermittlungsausschuss beschlossen**

Ebenfalls in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause billigten der Bundestag mit schwarz-gelber Mehrheit und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach monatelangen Diskussionen die Kürzungen im Bereich der Photovoltaik. Die Novelle sieht unter anderem vor, dass zum 1. Juli 2010 rückwirkend die Förderung von Anlagen auf Dächern um 13 anstelle der geplanten 16 Prozent, bei Anlagen auf Freiflächen 12 statt 15 Prozent und bei Anlagen auf Konversionsflächen – ehemals industriell oder militärisch genutzte Flächen - um acht statt elf Prozent gekürzt werden. Die restlichen vorgesehenen drei Prozent der Vergütungsabsenkung werden dann zum 1. Oktober 2010 umgesetzt. Für Solarstrom auf Ackerflächen wird es keine Vergütung mehr geben. Dies macht einmal mehr deutlich, wohin Union und FDP in der Energiepolitik hinsteuern. Das Motto der Bundesregierung lautet Atom und Kohle, statt Erneuerbare und Energieeffizienz.

#### **6. Effizienzgesetz der Bundesregierung ist ein zahnloser Tiger**

Eine Erhöhung der Energieeffizienz ist unumgänglich, um die Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern schnellstmöglich zu reduzieren, das Klima zu schützen und die Energiekosten zu senken. Mit zweijähriger Verspätung und einem laufenden Vertragsverletzungsverfahren durch die EU im Nacken hat Schwarz-Gelb noch kurz vor der Sommerpause ein **EFFIZIENZGESETZ** beschlossen, das diesen Namen nicht im Ansatz verdient und nur die absolute Minimalumsetzung der EU-Richtlinie ist.

Im Kern besteht das Gesetz darin, dass die VerbraucherInnen einmal im Jahr auf ihrer Stromrechnung einen Hinweis auf eine Internetseite bekommen – auf der sich eine Liste von Anbietern von Energiedienstleistungen befindet. Das ist mehr ein Witz als Energieeffizienzgesetz. Diese Einschätzung wurde auch von den Experten in der **ANHÖRUNG** des Wirtschaftsausschusses bestätigt. In unserem **Antrag zum Energieeffizienzgesetz** ist u.a. die Einführung eines

Energieeffizienzfonds mit einem Volumen von 3 Mrd. Euro vorgesehen sowie eine Energieeinsparquote.

### **7. NRW-Koalitionsvertrag stellt sich der Verantwortung**

Nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen mit Linken und FDP zur Bildung einer Landesregierung sowie dem Nichtzustandekommen einer Großen Koalition haben SPD und Grüne in NRW am 12. Juli den **Koalitionsvertrag** unterschrieben. Die Grüne Handschrift ist eindeutig erkennbar und Grüne Forderungen aus dem Wahlkampf kann man deutlich herauslesen. So werden Gemeinschaftsschulen vor Ort in den Kommunen ermöglicht und Studiengebühren ab dem Wintersemester 2011/2012 abgeschafft. Den finanzschwachen Kommunen wird durch Konsolidierungshilfen unter die Arme gegriffen und wieder mehr Handlungsspielraum gegeben. Auch der Klimaschutz wird groß geschrieben. So wollen wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 1990 verringern und ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, denn als Energieland kommt uns bei der Erfüllung von Klimaszutzielen eine besondere Verantwortung zu. Die Bewertung des Energie- und Klimateils der Grünen Verhandlungsgruppe findet sich **HIER** sowie die Stellungnahme der Umweltverbände **HIER**.

### **8. Gute Nachrichten aus Südafrika – Entwicklung an Nachfolgemodell des Jülicher Hochtemperaturreaktors eingestellt**

Jahrelang und mit Milliardenaufwand und Unterstützung der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung in NRW hat Südafrika versucht, das in Jülich und Hamm-Uentrop kläglich gescheiterte Konzept des Hochtemperaturreaktors (HTR) wiederzubeleben. Wie zu erwarten ohne Erfolg: Südafrika hat das Projekt jetzt eingestellt. Meine ausführliche Bewertung findet sich **HIER**.

Wenn es den Jülicher HTR-Fans nicht wieder gelingt irgendwo in der Welt – im Gespräch ist Polen – Geld für ihre Reaktorträume aufzutreiben, hat der HTR-Spuk damit endgültig ein Ende. Dennoch werden die Beseitigung der Altlasten der Atom-Abenteuer in Jülich und Hamm-Uentrop noch unsere Enkel beschäftigen.

### **9. Beschluss der EU-Kommission entfacht Debatte um Zukunft des Steinkohlebergbaus**

Der Beschluss der EU-Kommission über eine neue Verordnung zu Subventionen für den Steinkohlebergbau, der noch vom Ministerrat bestätigt werden muss, hat eine Debatte über das für das Jahr 2018 beschlossene Ende des Bergbaus in Deutschland ausgelöst. Sehr richtig und überfällig ist die Entscheidung der Kommission, ein verbindliches Ende für Kohlesubventionen vorzuschreiben und damit alle Träumereien von einen steuerfinanzierten, nationalen Steinkohlesockel in Deutschland ein für allemal zu beenden. Das von der Kommission hierzu beschlossene Datum – 15.10.2014 – ist in Deutschland jedoch nicht realisierbar, wenn die Sozialverträglichkeit des Ausstiegs gewahrt werden soll. Mehr hierzu auf meiner **HOME PAGE**.